

## Die Sozialdemokraten in Bayern.

Die Erklärung des Staatsministers Baron Soden.

München, 28. Oktober. Ein besonderer Ausschuss von bayerischen Kammer-Abgeordneten zur Beratung des von der Regierung der Kammer vor mehr als einem Jahre vorgelegten Entwurfes für ein Gemeindebeamten-gesetz hat gestern die Beratungen wieder aufgenommen. Die Beratungen waren bei Beginn des Krieges in der vorigen Session bei Beratung des Artikels 12 abbrochen worden, der die Dienstpflicht der Gemeindebeamten und ihr Verhalten in und außer dem Amte festsetzt.

Gestern gab Staatsminister Freiherr v. Soden im Namen der Staatsregierung in der Sitzung folgende Erklärung ab: Die Begründung des Artikels 12 des Entwurfes legt dar, daß sich ein berufsmäßiger Gemeindebeamter durch seine Betätigung als Sozialdemokrat der Achtung unwürdig erweisen würde, die sein Amt erfordert, und daß er deshalb disziplinar zu verfolgen wäre. Angesichts der vaterländischen Haltung, die im gegenwärtigen Kriege auf dem Boden der geltenden Staatsordnung auch seitens der Sozialdemokraten an den Tag gelegt wird, hält die Staatsregierung jene Darlegung nicht mehr aufrecht und erachtet damit diese Stelle der Begründung als weggefallen.